

RED HAND DAY

GEGEN DEN EINSATZ VON KINDERSOLDATEN

250.000 Mädchen und Jungen werden weltweit in Konflikten als Soldaten missbraucht. Am 12. Februar, dem Red Hand Day, fordern Menschen auf der ganzen Welt mit roten Handabdrücken, dass es keine Kindersoldaten mehr geben darf. Der Friedensrat Markgräflerland hat ihn für die Regio auf den 7. Februar vorverlegt. (denn der 12. Februar 2018 ist Rosenmontag)

Im Deutschen Bündnis Kindersoldaten haben sich folgende Organisationen zusammengeschlossen: Aktion Weißes Friedensband, Amnesty International, Deutsches Jugendrotkreuz, Kindernothilfe, Lutherischer Weltbund, missio, Netzwerk Afrika Deutschland, Plan International, Quäker-Hilfe Stiftung, terre des hommes, UNICEF Deutschland, World Vision. Gemeinsam mit ihnen fordert der Friedensrat Markgräflerland:

1. „straight 18“:

Kinder unter 18 Jahren dürfen weder freiwillig noch zwangsweise rekrutiert oder als Soldaten eingesetzt werden. Dies gilt unabhängig von der Funktion und davon, ob sie eine Waffe tragen. **Alle Mädchen und Jungen unter 18 Jahren müssen aus Armeen und bewaffneten Gruppen entlassen werden. Auch dürfen unter 18-Jährige prinzipiell nicht für Armeen oder bewaffnete Gruppen geworben werden. Dies gilt auch für die Bundeswehr, die weiter 17-Jährige rekrutiert und bei Schülern wirbt.**

2. Bestrafung der Verantwortlichen:

Personen, Staaten und bewaffnete Gruppen, die Kinder rekrutieren und als Soldaten einsetzen, müssen öffentlich benannt und bestraft werden.

3. Versorgung, Schutz und politisches Asyl:

Ehemalige Kindersoldaten müssen medizinisch und psychologisch versorgt werden. Sie müssen eine schulische bzw. berufliche Ausbildung erhalten. Das gilt insbesondere für diejenigen, die als Flüchtlinge in Industrieländer wie Deutschland kommen. Sie müssen Schutz und politisches Asyl erhalten.

4. Mehr Geld für Kindersoldaten-Hilfsprogramme:

Die staatlichen und internationalen Finanzmittel für Präventions- und Reintegrationsprogramme für Kindersoldaten müssen deutlich erhöht werden.

5. Stopp von (deutschen) Waffenexporten:

Es dürfen keine Waffen (besonders Kleinwaffen), Einzelteile oder Munition in Krisenregionen exportiert werden, in denen es Kindersoldaten gibt. Dies gilt besonders für Deutschland, den weltweit drittgrößten Waffenexporteur.

6. Friedenserziehung fördern:

Friedenserziehung sollte verbindlich in Lehrplänen und der Lehrerausbildung verankert werden